

Jahresbericht SODK 2007

Inhaltsverzeichnis

I.	Einleitung	2
II.	Berichterstattung aus den einzelnen Fachbereichen	2
1	Fachbereich Existenzsicherung	2
1.1	Arbeitsgruppe "ZUG"	2
1.2	Berufliche und soziale Integration Jugendlicher (Projekt SODK/EDK/VDK)	3
1.3	Koordination der unterschiedlichen Leistungen in der Existenzsicherung	3
1.4	Grundsätze Sozialhilfe	4
1.5	Armutsstrategie des Bundes	4
2	Fachbereich Familie und Gesellschaft	4
2.1	Familienpolitik	4
2.2	Bildung im Sozialbereich	5
2.3	Opferhilfe	6
2.4	Suchtfragen	7
2.5	Generationen	7
3	Fachbereich NFA und Behindertenpolitik	7
3.1	NFA	7
3.2	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)	8
4	Fachbereich Migration	9
4.1	Umsetzung des neuen Ausländer- und revidiertes Asylgesetz	9
4.2	Vorläufig Aufgenommene	9
4.3	Kontingentsflüchtlinge	10
4.4	KIF: Projekt "Koordination Integrationsförderung"	10
5	Fachbereich Sozialversicherungen	10
5.1	Revision der Invalidenversicherung (IV)	10
5.2	Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG)	10
5.3	IIZ Mamac	10
5.4	Pflegfinanzierung (3c)	11
6	Allgemeines/Koordination	11
6.1	Vorstand SODK	11
6.2	Generalsekretariat	11
7	Schlussbemerkungen	12
III.	Anhang	13
	Mitglieder der SODK Organe	13
	Themen der Vorstandssitzungen SODK	15
	Gremienliste	17

I. Einleitung

An der Jahresversammlung 2007 wurde der Beschluss gefasst, dass Rechnungsjahr dem Kalenderjahr anzugleichen. Dieser Entscheid macht es nun möglich, künftig die Jahresversammlungen terminlich früher anzusetzen und somit den Budgetbeschluss der SODK optimaler in die kantonalen Budgetprozesse einzubauen und auf das Budgetjahr der IVSE abzustimmen. Bereits 2008 geht die Jahresversammlung Anfang Juni über die Bühne, statt wie bisher erst im September. Das Jahr 2007 markiert also gewissermassen eine Übergangsperiode. Formell erstreckt sich das Berichtsjahr vom 1. April 2007 bis zum 31. Dezember 2007, berücksichtigt jedoch die aktuelle Entwicklung bis Ende März 2008.

Im Berichtsjahr 2007 standen die berufliche und soziale Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die laufenden Reformen der Sozialversicherungen und deren Auswirkungen auf die Sozialhilfe bzw. die Kantone/Gemeinde und Städte im Blickpunkt des Geschehens. Ziel war und ist es bei beiden Themenbereichen, den Dialog zwischen Bund, Kantonen und den übrigen Beteiligten zu fördern und den Miteinbezug der Kantone in laufende Diskussionen und in die Umsetzungsprozesse zu verstärken.

Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) im sozialen Bereich war wiederum ein gewichtiges Thema im Berichtsjahr 2007. So wurden u.a. die Grundlagen für die kantonalen Behindertenkonzepte, welche bis 2011 vom Bundesrat genehmigt werden müssen, definiert und den Kantonen im Sinne von Empfehlungen unterbreitet. Weiter wurde die interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) an die NFA angepasst und fristgerecht auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt.

Nebst Themen in den Bereichen Migration und Existenzsicherung, hier vor allem betreffend die Sozialhilfe, beschäftigte sich die SODK stark mit der Familienpolitik. Auf dem politischen Parkett rückt die Familienpolitik zusehends ganz nach oben auf die Agenda und es werden verschiedenste parlamentarische Initiativen diskutiert. Die SODK hat aktiv in die aktuellen Prozesse und Projekte eingegriffen und sich in diesen wichtigen Themen gegenüber dem Bund positioniert.

Der Jahresbericht gibt, gegliedert in die sechs Fachbereiche Existenzsicherung, Familie und Gesellschaft, NFA und Behindertenpolitik, Migration und Sozialversicherungen sowie fachbereichsübergreifende Koordinationsthemen, Auskunft über die Aktivitäten der SODK im vergangenen Berichtsjahr. Im Anhang zum Bericht findet sich ein Überblick über die Zusammensetzung der SODK - Organe.

II. Berichterstattung aus den einzelnen Fachbereichen

1 *Fachbereich Existenzsicherung*

1.1 **Arbeitsgruppe "ZUG"**

Das Mandat des Vorstandes vom 1.12.06 zur Vorbereitung von Vorschlägen für eine Revision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger umfasst drei Fragestellungen:

- Erarbeiten von möglichen Varianten zur Kompensation der Abschaffung der Rückerstattungspflicht durch den Heimatkanton;
- Zusammenstellung der weiteren Bestimmungen des ZUG, welche revisionsbedürftig sind;
- Grundlagen zur Frage einer umfassenderen materiellen Rahmenregelung der Existenzsicherung auf Bundesebene.

Die Arbeitsgruppe ist seit Herbst 2006 unter der Leitung von Pascal Coullery, stv. Generalsekretär der Gesundheitsdirektion des Kantons Bern tätig. Für das Sekretariat ist das

GS SODK zuständig. Nebst den kantonalen VertreterInnen gehören ihr auch das Bundesamt für Justiz, die SKOS und die Kommunalverbände an. Ziel ist es, die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren an der Jahresversammlung mit einem Zwischenbericht zu orientieren und Anträge für das weitere Vorgehen zu stellen.

1.2 Berufliche und soziale Integration Jugendlicher (Projekt SODK/EDK/VDK)

Der hohe Anteil von jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe wird mit wachsender Besorgnis zur Kenntnis genommen. Da das Thema insbesondere die Schnittstellen zwischen Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik tangiert, hat die SODK eine engere Zusammenarbeit zwischen den zuständigen interkantonalen Konferenzen, EDK, VDK und SODK, initiiert. Die PräsidentInnen von EDK, SODK und VDK haben sich zweimal zu einer Aussprache getroffen. Gestützt darauf wurde ein Positionspapier verfasst, welches an der Jahresversammlung der SODK vom 14./15. September 2007 vorgestellt und verabschiedet wurde. Das Thema war Schwerpunkt des zweiten Tages der Jahresversammlung: Bundesrätin Leuthard referierte über das Thema und erläuterte insbesondere auch das Projekt Case Management. Im Rahmen eines anschliessenden Podiums mit AkteurInnen aus Politik und Wirtschaft wurde das Thema vertieft. Zentral war das Commitment zur Zusammenarbeit auf Ebene Bund, Kantone und Städten sowie zwischen der Wirtschaft, der Bildung und dem Sozialbereich..Im Dezember 2007 hat eine weitere Sitzung der PräsidentInnen EDK, SODK und VDK stattgefunden. Es wurde beschlossen, dass kein spezielles Monitoring aufgebaut werden soll, dass aber ein Wissenstransfer gefragt sei. Zurzeit wird eine Übersicht über die best practices erstellt und weiter ist ein Treffen mit Bundesrätin Leuthard im Sommer 2008 geplant.

1.3 Koordination der unterschiedlichen Leistungen in der Existenzsicherung

An der Jahresversammlung 2007 verabschiedeten die Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren Leitsätze zur Zukunft der Sozialwerke:

- a) Sozialpolitische Priorität hat die Ursachen- und nicht die Schadensbekämpfung. Die sozialpolitischen Anliegen sind deshalb vermehrt in die Wirtschafts-, Bildungs- und Gesundheitspolitik einzubringen (vgl. z.B. offene Lehrstellen und Jugendliche, die mangels Qualifikation keine Lehrstelle finden). Damit kann auch ein Beitrag zur Lösung von gesellschaftlich-strukturellen Problemen geleistet werden.
- b) Die Folgen der strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes können nicht über die Sozialhilfe gelöst werden (von den Ausgesteuerten findet ca. die Hälfte keine Arbeit mehr und eine Hälfte davon werden Sozialhilfebezüger). Die Sozialhilfe muss im Verhältnis zu den Sozialversicherungen wieder stärker der ursprünglichen, subsidiären Funktion zugeführt werden; d.h. vorübergehende, kurzfristige Hilfe und nicht Hilfe für strukturelle Notlagen.
- c) Das System der Existenzsicherung muss gesamtheitlich betrachtet werden. Die Reform in einem Teilsystem der sozialen Sicherheit sollte systematisch unter Berücksichtigung der anderen Teilsysteme auf allen drei Staatsebenen erarbeitet werden. Bei den anstehenden Revisionen der Sozialversicherungen sind in der Botschaft nicht nur die finanziellen Auswirkungen auf die Kantone darzustellen, sondern immer auch die Auswirkungen auf die anderen Sozialwerke.
- d) Für die Sicherung und Sanierung der Sozialwerke müssen Bund und Kantone gemeinsam Spielregeln festlegen und v.a. die Koordination auf allen drei Staatsebenen optimieren. Allfällige Lastenverschiebungen sollten analog zum System der Globalbilanz gemäss NFA erfolgen.
- e) Die Integrationsbestrebungen der verschiedenen Teilsysteme der Sozialversicherungen sollten gegenüber den Arbeitgebern koordiniert werden (vgl. Integrationsziele der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und neu auch der SUVA). Diese Koordination sollte im Rahmen des IIZ MAMAC erfolgen.

Im Auftrag der Jahresversammlung 2007 orientiert die Präsidentin der SODK unterstützt vom Vizepräsidenten den Vorsteher des EDI über diesen Beschluss. Im Rahmen eines nationalen Dialogs soll die Diskussion weitergeführt werden.

Aktiv begleitet hat das Generalsekretariat der SODK auch das Forschungsprogramm IV (FoP-IV) des Bundesamtes für Sozialversicherungen. Von besonderer Bedeutung ist das Teilprojekt, welches die Flüsse zwischen der Arbeitslosenversicherung, der Invalidenversicherung und der Sozialhilfe untersucht. Das Ergebnis dieser Teilstudie soll im Herbst 2008 vorliegen.

1.4 Grundsätze Sozialhilfe

Der Vorstand hat sich mehrfach damit befasst, wie das Vertrauen in die Sozialhilfe verbessert werden könnte. Der Vorschlag, eine befristete Ombudsstelle und/oder eine Faktenaufbereitungsstelle zu schaffen, wurde geprüft und abgelehnt. Das GS SODK wird beauftragt, mit einer kleinen Arbeitsgruppe ein Positionspapier für den Bereich Sozialhilfe auszuarbeiten. Mit dieser Positionierung soll wieder Vertrauen in die Sozialhilfe und vor allem die Grundlage für eine sachliche Diskussion über die Sozialhilfe - weg von der Einzelfalldiskussion - geschaffen werden.

1.5 Armutsstrategie des Bundes

Das Generalsekretariat SODK vertrat die sozialpolitische Perspektive der Kantone in der Steuer- und Leitungsgruppe des BSV "Strategie zur Armutsbekämpfung" (Mo 06.3001 SGK-NR) und koordinierte die Beteiligung der kantonalen Fachkonferenzen innerhalb des Projekts. Im Weiteren zeichnete sich das Generalsekretariat SODK themenverantwortlich für einen Teilbericht zum Thema "Working Poor-Familien und Einelternfamilien". Der Gesamtbericht wird voraussichtlich Ende 2008 verabschiedet.

2 Fachbereich Familie und Gesellschaft

2.1 Familienpolitik

2.11 Ergänzende bedarfsabhängige Leistungen für einkommensschwache Familien

Das Geschäft der Familien-Ergänzungsleistungen (FamEL) ist in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) hängig. In den Kantonen sind vereinzelt Bestrebungen im Gange eine FamEL einzuführen. Der SODK Vorstand unterstützt das Eintreten auf die Frage einer Regelung FamEL auf Bundesebene.

2.12 Familienergänzende Kinderbetreuung

Im Rahmen eines Projektes SODK - EDK wurden die Schnittstellen und Zuständigkeiten im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung geklärt. Als erster Schritt wurde eine gemeinsame Erklärung der SODK und EDK mit Begrifflichkeiten und sechs Leitsätzen zu Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten erarbeitet. Diese wurde von der SODK Jahreskonferenz am 13. September 2007 und von der Plenarversammlung EDK am 13. März 2008 verabschiedet. Begleitend zur Erklärung entstand ein Übersichtspapier über die verschiedenen Betreuungsangebote. In einem nächsten Schritt soll nun ein ausführlicher Bericht zu verschiedenen Handlungsfeldern der Thematik ausgearbeitet werden.

Am 15. November 2007 nahm die Präsidentin SODK neben Bundesrat Pascal Couchepin und der Präsidentin EDK an einer Veranstaltung der Universität Bern teil, an welcher eine nationale Strategie zum Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung diskutiert wurde.

Die parlamentarischen Initiativen zu einem Bundesrahmengesetz für familienergänzende Kinderbetreuung sind in Behandlung in der WBK-N. Die Generalsekretärin SODK hat im November 2007 an der Sitzung der Subkommission Tagesstrukturen die SODK vertreten. Im 2. Quartal 2008 wird die Subkommission in neuer Zusammensetzung tagen, die SODK

bemüht sich um eine Vertretung und unterstützt das Eintreten auf Regelung der FEB auf Bundesebene.

Der Vorstand SODK befasste sich - anhand des Projekts Quality4Children (Q4C)- mit dem Thema Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung, eine Erarbeitung von Empfehlungen zu Q4C an die Kantone ist für 2008 geplant.

2.13 Familien-Besteuerung

Eine familienfreundliche Besteuerung ist nach wie vor wichtiges Anliegen der SODK. Nach dem Entscheid des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD), vorderhand auf die Individualbesteuerung zu verzichten und steuerliche Entlastungen für Familien zu prüfen, betonte die SODK in einer Stellungnahme gegenüber der eidgenössischen Steuerverwaltung ihr Anliegen in den Prüfprozess dieser sozialpolitisch wichtigen Frage einbezogen zu werden.

2.14 Alimentenbevorschussung und -inkasso

Der Vorstand SODK diskutierte Anfang 2008 einen Vorstoss des Kantons Zürich zur Harmonisierung der Alimentenbevorschussung und -inkasso auf interkantonaler Ebene. Es bestand Einigung über den Harmonisierungsbedarf in diesem Thema. Falls eine verfassungsrechtliche Grundlage besteht bevorzugt er eine Regelung auf Bundesebene. Diese Frage wird in einem Bericht des BSV zuhanden des Bundesrates geprüft. Das Generalsekretariat SODK vertritt die Anliegen der Sozialdirektionen in der Begleitgruppe zum Bericht BSV.

2.15 Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO)

Eine ExpertInnengruppe SODK hat 2007 eine Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf zur PAVO erarbeitet, welche beim EJPD eingereicht wurde. Darin wurde unter anderem auch der Bedarf an statistischen Grundlagen zu Fremdplatzierung von Kindern festgestellt. Dieser war Thema eines Treffens mit dem BFS, das jedoch keine konkreten Ergebnisse brachte, da das BFS unter den aktuellen Rahmenbedingungen nicht in der Lage ist, eine solche Statistik aufzubauen. Hingegen wurden Vertreterinnen des Generalsekretariats sowie weitere VertreterInnen aus Politik und Fachkreisen im Februar 2008 vom BJ an ein Treffen zur Revision der PAVO eingeladen. Als positives Ergebnis des Treffens ist die Vertretung SODK in der Begleitgruppe zur Revision der PAVO zu werten.

2.2 Bildung im Sozialbereich

Das Engagement der SODK auf Stufe Berufsbildung konzentrierte sich auch 2007 auf die Mitwirkung und Unterstützung der 2004 gegründeten Schweizerischen Dach-Organisation der Arbeitswelt im Sozialbereich, in der sie sowohl im Vorstand als auch im Geschäftsausschuss vertreten ist (VertreterInnen im Vorstand: Simon Darioli VS, Irmgard Dürrmüller LU, Eva Wiesendanger SODK, ab März 2008 Veronika Neruda SODK, Andrea Lübberstedt SG). Im Berichtsjahr standen neben den laufenden Arbeiten insbesondere folgende Projekte im Vordergrund:

2.21 Grundlagenstudie zur höheren Berufsbildung im Tertiärbereich B (Avanti)

Der Schlussbericht des Projekts wurde im Mai 2007 verabschiedet. Er beinhaltete Fragen der Bildungssystematik, der Steuerungsmöglichkeiten durch die Dach-Oda Soziales und Vorschläge für Prüfkriterien. Die im Bericht formulierten Kriterien der Reglementierungen und Niveauezuteilungen werden in einem Folgeprojekt präzisiert. Ziel ist es, klare Entscheidungsgrundlagen zur Einordnung von bestehenden und künftigen Weiterbildungsangeboten in die Bildungssystematik zu erhalten. Dieses Arbeiten sollten Mitte 2008 abgeschlossen sein.

2.22 Attestausbildung im Sozial- und Gesundheitsbereich

Zusammen mit der Dach-OdA Gesundheit erarbeitete die Dach-OdA Soziales 2007 Entscheidungsgrundlagen und eine Vertiefungsstudie zur Frage der Einführung einer beruflichen Grundausbildung mit Attest im Sozial- und Gesundheitsbereich. Ende 2007 fand eine Vernehmlassung zu dieser Frage statt, an welcher sich die SODK beteiligte und sich für eine solche Attestausbildung aussprach. Der Entscheid in der Dach-Oda Soziales wird im April 2008 gefällt. Da die Frage relativ umstritten ist, bleibt offen, wie dieser letztlich ausfällt.

2.23 Lehrstellenförderung Fachperson Betreuung

Das von der SODK mitfinanzierte Projekt der Dach-OdA Soziales zur Erarbeitung von Grundlagen im Bereich der Lehrstellenförderung Fachperson Betreuung wurde im November 2007 mit einem Schlussbericht abgeschlossen. Dieser ortete Handlungsbedarf bei der Lehrstellenförderung, insbesondere in den Bereichen Vernetzung, Arbeitsfeld Alter, Monitoring Arbeitsmarktsituation, Qualitätsanforderungen an Ausbildungsplätze und Berufsmarketing. Die Geschäftsstelle OdaS wird 2008 auf der Basis der gemachten Vorschläge ein Folgeprojekt zum Thema Berufsmarketing / Berufspositionierung (Kommunikationskonzept und Materialien) von sozialen Berufen ausarbeiten.

2.24 Fachstelle Ausbildung Betagtenbetreuung

Die Fachstelle wird noch bis Ende 2008 die bestehenden letzten Lehrgänge zur Betagtenbetreuerin und zum Betagtenbetreuer begleiten und beaufsichtigen. Daneben führt sie für die Dach-OdA Soziales projektspezifische Aufträge auf Stufe Sek II aus.

2.3 Opferhilfe

2.31 Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen für das Opferhilfegesetz OHG (SVK-OHG)

Die Fachkommission der SODK Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen für das Opferhilfegesetz OHG (SVK-OHG) hat sich im Berichtsjahr neben den ständigen Aufgaben - zu denen auch die Vertretung der SODK in der Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel des fedpol (KSMM) fällt - vor allem mit der Überarbeitung der Empfehlungen zum revidierten Opferhilfegesetz (OHG) befasst. Denn dieses wird zusammen mit den überarbeiteten Ausführungsbestimmungen auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzt. Die Empfehlungen sollen auf Zeitpunkt des Inkrafttretens des revidierten OHG erscheinen. Daneben arbeitete die Fachkommission zusammen mit dem BFS an der Entwicklung eines einheitlichen Fall- und Datenerfassungssystems (EDV-Tool). Die Arbeiten dazu sind noch nicht abgeschlossen.

2.32 Bericht zur Situation und Schutz der Opfer von Menschenhandel SODK, EBG, fedpol

Im Auftrag von SVK-OHG/SODK, FGG/EBG¹ und KSMM/fedpol wurde ein Kurzbericht zur Studie des Schweizerischen Forum für Migrationsfragen über Massnahmen zur Verbesserung des Opferschutzes erarbeitet. Dieser wurde mit Empfehlungen des Vorstandes SODK z.Hd. der Jahresversammlung 2007 verabschiedet. Der Stellenwert des Opferschutzes gegenüber der Strafverfolgung und die entsprechenden Strukturen in den Kantonen sollen verbessert werden. Die SODK befasst sich 2008 mit der Umsetzung dieser Empfehlungen.

2.33 Europaratskonvention Menschenhandel: Stellungnahme KKJPD und SODK

Zusammen mit der KKJPD hat die SODK dem Bundesamt für Polizei eine Stellungnahme zum Beitritt der Schweiz zur Europaratskonvention gegen Menschenhandel abgegeben. Beide Konferenzen befürworten einen Beitritt der Schweiz zur Konvention. In Bezug auf die

¹ Fachstelle gegen Gewalt (FGG) des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung (EBG)

Gewährung des ausserprozessualen Zeugenschutzes befürworten KKJPD und SODK aufgrund der geringen Fallzahlen eine einheitliche Regelung auf Bundesebene.

2.4 Suchtfragen

Die Schweiz. Koordinations- und Fachstelle Sucht (Infodrog), welche administrativ der SODK zugeordnet ist, hat gemäss Artikel 15 des Betäubungsmittelgesetzes den Auftrag des Bundes, die Kantone und private Organisationen bei der Durchführung des Betäubungsmittelgesetzes durch Dienstleistungen zu unterstützen. Am 12. Februar 2007 tagte das vom BAG und der SODK gemäss Vertrag eingesetzte Strategiegremium erstmals. Ein weiteres Treffen fand im Herbst 2007 statt. Ziel ist die Klärung der künftigen Strategie von Infodrog sowie die Vorbereitung der Diskussion SODK /BAG über die Ablösung der bis Frühling 2009 befristeten Verträge (vgl. dazu auch den Geschäftsbericht 2007 von Infodrog)..

2.5 Generationen

2.51 Jugend

Das Generalsekretariat SODK vertritt 2008 beim BSV Bericht "Jugendgewalt" die sozialpolitische Sicht der Kantone in der Begleitgruppe, sowie an ExpertInnenrunden. Der Bericht soll Ende 2008 vom Bundesrat verabschiedet werden.

2.52 Alter

Anfang November fand in Léon/Spanien die UN/ECE Ministerkonferenz zu Fragen des Alters statt. Über 40 Staaten aus Europa, Nordamerika und Zentralasien nahmen daran teil. Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern, Herr Bundesrat Couchepin, hat die Delegationsleitung der SODK übertragen. Die Schweizer Delegation wurde geleitet von Frau Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard, Sozialdirektorin des Kantons Zug. Ein Vertreter des Generalsekretariats SODK hat die Schweizer Delegation begleitet und unterstützt.

In verschiedenen Workshops wurden Themen wie:

- länger arbeiten - länger leben
- Intergenerationelle Interaktion
- Aktives altern
- Alter und Bildung u.a.

diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht. Die Konferenz verabschiedete zum Schluss eine 24 Punkte Deklaration mit Empfehlungen für die künftige Berücksichtigung von Altersfragen bei Gesetzgebungsprozessen und für den Aufbau einer Gesellschaft für alle Alter.

3 Fachbereich NFA und Behindertenpolitik

3.1 NFA

Mit Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ging die Finanzierung der Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten am 1. Januar 2008 von der Invalidenversicherung (IV) auf die Kantone über. Es obliegt nun den Kantonen, die Eingliederung von Menschen mit Behinderung durch Beiträge an den Bau und den Betrieb von Institutionen, die dem Wohnen und dem Arbeiten dienen, zu fördern. Mit dem Bundesgesetz vom 6 Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG), werden die Grundsätze der Eingliederung festgelegt.

Mit der Inkraftsetzung der NFA auf den 1. Januar 2008 wurden die Art. 1 – 9 des IFEG rechtskräftig. Gestützt auf Art. 10 IFEG, hat jeder Kanton ein Konzept zur Förderung der

Eingliederung invalider Personen zu erstellen, welches dem Bundesrat zur Genehmigung vorgelegt werden muss.

Im September 2007 hat die Jahresversammlung der SODK einen Bericht verabschiedet, welcher Empfehlungen für die Erarbeitung der kantonalen Behindertenkonzepte enthält. Darin werden Minimalanforderungen an ein Behindertenkonzept im Sinne von Empfehlungen definiert. Gleichzeitig lassen sich aus dem Bericht die Kriterien ableiten, nach denen die künftigen Behindertenkonzepte bei deren Genehmigung zu beurteilen sein werden. Bei der Konkretisierung von Art. 10 Abs. 2 IFEG sind drei Schwerpunkte erkennbar: Bedarf, Finanzen und Bildung. Im Weiteren weist der Bericht darauf hin, dass in den Konzepten Aussagen zum Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten zwischen invaliden Personen und Institutionen und zur Planung für die Umsetzung des Konzeptes zu machen sind. Der Bericht macht auch nochmals darauf aufmerksam, dass Institutionen und Behindertenorganisationen bei der Erstellung des Konzeptes anzuhören sind

Artikel 10 IFEG legt die Anforderungen für das Behindertenkonzept fest. Das IFEG verlangt im Behindertenkonzept Aussagen zu den Finanzierungsgrundsätzen für die Institutionen. Als Grundlage für diese Diskussion wurde ein Expertenbericht zur Subjekt- und Objektfinanzierung erstellt und an der Jahresversammlung 2007 zur Kenntnis genommen.

Das Generalsekretariat SODK organisierte die 2. Nationale Werkstätte Umsetzung NFA im Sozialbereich. 60 Teilnehmende diskutierten am 21. Juni 2007 in Anwesenheit der Präsidentin der SODK über aktuelle Umsetzungsfragen, wie die Abgrenzung zum ambulanten und stationären Bereich oder zur Frage des NFA und der Suchtbereich. Eine Umfrage bei den Teilnehmenden zeigte, dass diese Form von Informationsaustausch sehr geschätzt wird.

3.2 Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)

3.21 Anpassung IVSE an die NFA

Die Arbeiten zur Anpassung der IVSE an die NFA konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Die angepasste IVSE wurde im Rahmen der Jahresversammlung der SODK am 13./14. September 2007 von der IVSE- Vereinbarungskonferenz genehmigt und auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. Angepasst wurden in diesem Zusammenhang auch die Richtlinien zur IVSE im Bereich Qualität und Finanzen sowie die Unterstellungsempfehlungen und der Kommentar zur IVSE. Die Umsetzung in den Kantonen ist nach kleineren Startschwierigkeiten nun auf gutem Weg. Im Rahmen einer von der SODK am 5. März 2008 organisierten Fachtagung mit rund 90 Teilnehmenden konnten zahlreiche noch offene Fragen geklärt werden. Das Ratifikationsverfahren der angepassten IVSE in den Kantonen läuft.

3.22 IVSE allgemein

Mit Stand vom 1. Januar 2008 sind mit Ausnahme vom Kanton Graubünden alle Kantone der IVSE beigetreten. Der Kanton Graubünden hat seinen Beitritt auf den 1. Januar 2009 angekündigt.

Die Schweizerische Verbindungsstellenkonferenz (SKV IVSE) befasste sich vor allem mit der Anpassung der IVSE an die NFA (vgl. Ziff. 3.21). Sie beauftragte das Sekretariat SODK (IVSE) unter Mithilfe von Fachleuten die bisherigen IHV Formulare für die Kostenübernahmegarantie an die IVSE Bestimmungen anzupassen. Diese neuen Formulare konnten den Kantonen auf den 1. Januar 2008 zur Verfügung gestellt werden. Ein weiteres Thema betrifft die Frage von Richtlinien bzw. Empfehlungen für den C-Bereich. Der Vorstand der Vereinbarungskonferenz hat auf Antrag der SKV IVSE an seiner Sitzung vom 1.12.06 beschlossen, dass der Bereich C im Unterschied zu den übrigen Bereichen A (Einrichtungen für Jugendliche), B (Einrichtungen für Erwachsene) und D (Sonderschulen) neben der in der IVSE sonst üblichen Finanzierung der Einrichtungen auch die Finanzierung über die Sozialhilfe zulässt. Das Generalsekretariat SODK hat mit der Unterstützung von Fachleuten

einen Richtlinienentwurf für den C-Bereich erstellt. Es soll im Frühling 2008 der SKV IVSE unterbreitet werden.

Das Generalsekretariat prüft zurzeit im Auftrag des Vorstandes der Vereinbarungskonferenz vom 13. September 2007 Rollen, Kompetenzen und Aufgaben der IVSE und klärt die Vereinfachung der Rollenteilung zwischen IVSE und SODK. Da ab 1. Januar 2009 alle Kantone Mitglied der IVSE sein sollten, sind Vereinfachungen in den Prozessen möglich.

4 Fachbereich Migration

4.1 Umsetzung des neuen Ausländer- und revidiertes Asylgesetz

Auf den 1. Januar 2008 ist das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) wie auch die Teilrevision des Asylgesetzes (AsylG) in Kraft getreten. Das Generalsekretariat SODK und Mitarbeitende aus kantonalen Verwaltungen wirkten aktiv in verschiedensten Arbeitsgruppen des Bundesamtes für Migration (BFM) mit, welche die Umsetzung der beiden Gesetze vorbereiteten.

- **Monitoring II**

Unter Federführung des BFM und mit Beteiligung von Vertretern der KKJPD und der SODK wurde ein Monitoring aufgebaut mit welchem u.a. geklärt werden soll, ob die vom Bund gewährten Pauschalen ausreichend bemessen sind. Zudem erarbeitete die Gruppe eine Modell für die Verteilung des Ausgleichsfonds (pro Memoria: die Nothilfepauschale wurde auf Fr. 6'000.- pro rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE) festgelegt, wobei Fr. 2'000.- in einen Fonds zum Ausgleich für stark belastete Kantone überwiesen werden). Das Modell ist von der KKJPD und der SODK noch zu genehmigen.

- **Besondere Lage**

Das Generalsekretariat SODK arbeitete, unterstützt von verschiedenen kantonalen Fachleuten, in einer Steuerungsgruppe und verschiedenen Untergruppen des BFM mit ("Notfallorganisation Asyl", "Betreuung und Sicherheit", "Gesundheit in den Notunterkünften", "Asylverfahren und Rückkehrmodalitäten"). Ziel war es, im Auftrag des damaligen Vorstehers EJPD eine neue "Notfallorganisation Asyl" aufzubauen. Das Konzept stiess auf zunehmende Kritik der Kantonsvertreter. Anfangs 2008 beschloss das EJPD, das Konzept von Grund auf neu zu starten bzw. zum Status quo ante zurückzukehren.

- **Weitere Gruppen**

Eine weitere Gruppe unter der Leitung des BFM und mit Beteiligung der SODK beschäftigt sich mit den Programmvereinbarungen für die Integrationsprojekte. Eine Gruppe unter Leitung des BFM mit Beteiligung von SODK -Vertretern, welche sich mit technischen Fragen im Bereich der Globalpauschalen beschäftigte, konnte ihre Arbeiten im Berichtsjahr abschliessen.

4.2 Vorläufig Aufgenommene

Mit der Inkraftsetzung des neuen Ausländer- und revidierten Asylgesetzes findet ein grundlegender Systemwechsel im Bereich der vorläufig aufgenommenen Personen statt. Sie sollen neu nach Erhalt des rechtskräftigen Entscheides integriert werden. Die SODK hat in Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV), dem Schweizerischen Städteverband (SSV) sowie der Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) Empfehlungen erarbeitet, die den zuständigen kantonalen und kommunalen Stellen als Hilfe zur Umsetzung dienen. Die Diskussionen waren geprägt von der Tatsache, dass die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Integration zu einer beträchtlichen finanziellen Mehrbelastung der Kantone führt. Aufgrund der Ergebnisse hat der Vorstand SODK Empfehlungen über den gesetzlichen Auftrag der Integration genehmigt. Über die Bemessung der Sozialhilfe bei vorläufig

Aufgenommenen konnte keine Einigung erzielt werden. Die SKOS hat sich bereit erklärt, dem Vorstand SODK auf Dezember 2007 Vorschläge zur Ausgestaltung der Sozialhilfe zu unterbreiten. Anfangs 2008 hat sich der Vorstand SODK entschieden, dass mit einer Empfehlung an die Kantone abgewartet werden soll, bis die Kantone LU und BS die Erfahrungen mit der Bemessung der Sozialhilfe gemäss SKOS Richtlinien gesammelt und ausgewertet haben. Ein entsprechendes Monitoring ist in beiden Kantonen vorgesehen und bereits aufgegleist. Das zweijährige Monitoring soll anschliessend ausgewertet und das Ergebnis mit Schlussfolgerungen dem Vorstand SODK unterbreitet werden.

4.3 Kontingentsflüchtlinge

Vertreter der KKJPD und SODK wurden in eine Diskussion der Kommission für Flüchtlingsfrage einbezogen, welche zum Abschluss ihrer Arbeiten ein Modell erarbeitete, welches im Falle einer Wiederaufnahme der Kontingentsflüchtlingspolitik als Grundlage dienen könnte

4.4 KIF: Projekt "Koordination Integrationsförderung"

Im Auftrag des Vorstandes SODK erarbeitete eine Gruppe mit Vertretern/innen der SODK, KKJPD; KdK und des BFM Grundsätze und Organisationsmodelle für die neue Koordinationsstelle der Integrationsförderung in den Kantonen gemäss Artikel 57 des Ausländergesetzes. Ein Schlussbericht mit Empfehlungen z.H. der Kantone wurde an der Jahresversammlung der SODK vom September 2007 verabschiedet Auch die KdK stimmte dieser Empfehlung an die Kantone zu.

5 Fachbereich Sozialversicherungen

5.1 Revision der Invalidenversicherung (IV)

Die SODK wirkt im Projekt mehrjähriges Forschungsprogramm zur Invalidität und Behinderung und zur Umsetzung des Invalidenversicherungsgesetz (FoPIV) mit. Mit zahlreichen Studien sollen die Auswirkungen der IV-Revisionen untersucht werden. Für die SODK von besonderer Bedeutung ist das Projekt Quantifizierung der Übergänge zwischen Systemen der Sozialen Sicherheit (vgl. oben Ziff. 1.3)

5.2 Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG)

Der Vorstand der SODK verabschiedete im Juli 2007 eine detaillierte Stellungnahme zu den Revisionsvorschlägen des vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Expertenberichts. Dieser Positionsbezug diente als Grundlage für den Entwurf einer Stellungnahme der SODK im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens, welches vom Bundesrat im Dezember eröffnet wurde. Dieser Entwurf wurde in einem internen Konsultationsverfahren bei den Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren konsolidiert und dem seco übermittelt. Im Kern der Stellungnahme sprechen sich die kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren für die Anpassung der Einnahmen aus, um die finanzielle Sicherheit der Arbeitslosenversicherung zu gewährleisten und wehren sich gegen Leistungskürzungen, die zur einer Belastung der Sozialhilfe führen können. Ferner wird darauf hingewiesen, dass die Versicherungszweige nicht isoliert analysiert und ohne Rücksicht auf das Gesamtsystem reformiert werden dürfen.

5.3 IIZ Mamac

Mit IIZ/MAMAC (Interinstitutionelle Zusammenarbeit für medizinisch-arbeitsmarktliche Assessments im Rahmen des Case Management) sollen durch ein frühzeitiges Zusammenarbeiten der Invalidenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe in einem gemeinsam getragenen Prozess Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken möglichst rasch erfasst und mit Hilfe zielgerichteter Massnahmen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Steuergruppe, in welcher die SODK vertreten ist, erarbeitet eine Mustervereinbarung z.Hd. der Kantone. Mustervereinbarung und

Musterweisungen sollen im Frühling 2008 mit einer Empfehlung von SODK, VDK, seco und BSV an die Kantone verteilt werden.

5.4 Pflegfinanzierung (3c)

Zusammen mit der GDK hat die SODK eine ablehnende Stellungnahme zur Motion Forster für eine Pflegeversicherung 3c erarbeitet und verabschiedet.

6 Allgemeines/Koordination

6.1 Vorstand SODK

An der Jahreskonferenz 2007 in Lausanne wurden für die zurückgetretenen Herren Regierungsräte Claude Hêche (JU) und Ruedi Jeker (ZH) neu Frau Regierungsrätin Anne-Claude Demierre (FR) und Herr Regierungsrat Hans Hollenstein (ZH) in den Vorstand der SODK gewählt. Zudem wurden die Herren Regierungsräte Roland Debély (NE) und Hans Hollenstein (ZH) zu Vizepräsidenten des Vorstandes ernannt.

Der Vorstand tagte im Berichtsjahr viermal und zum Thema "Finanzielle Perspektiven der SODK" fand zusätzlich eine Ausschuss-Sitzung statt. Im Laufe des Berichtsjahres vertraten die Präsidentin und einzelne Mitglieder des Vorstandes die SODK in den verschiedensten Gremien und konnten so die Anliegen der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren einbringen. So vertrat die Präsidentin die SODK bspw. an der von Bundesrätin Leuthard geführten Lehrstellenkonferenz und konnte diverse Anliegen zur sozialen und beruflichen Integration deponieren. In einem Gespräch mit Bundespräsident Couchepin bot sich der Präsidentin zusammen mit dem Vizepräsidenten ferner die Möglichkeit, den an der SODK Jahreskonferenz 2007 beschlossene Nationale Dialog in die Wege zu leiten. Zusammen mit Bundesrat Couchepin setzte sich die Präsidentin an einer Veranstaltung der Universität Bern für die familienergänzenden Betreuungsmassnahmen ein.

6.2 Generalsekretariat

Im Generalsekretariat fand im Berichtsjahr eine eigentliche Rochade statt. Ernst Zürcher, langjähriger Generalsekretär der SODK, ist Ende April 2007 in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Eva Wiesendanger, stv. Generalsekretärin, hat auf Ende Juli 2007, Murielle Zürcher auf Ende Oktober 2007 und Nicole Meier-Malli auf Ende Februar 2008 gekündigt. Am 1. Mai 2007 hat Margrith Hanselmann, die Leitung des Sekretariates übernommen. Für den numerischen Ersatz der ausgeschiedenen Mitarbeitenden, konnten in den Personen von Remo Dörig, Veronika Neruda und Carolle von Ins Hafen, neue wissenschaftliche Mitarbeitende gewonnen werden. Bis auf eine verbleibende Vakanz ist das Team des Generalsekretariats wieder komplett.

Die zu Beginn des Jahres 2007 durchgeführte Analyse der Aufgaben und Finanzen des Sekretariates kam mitunter zum Schluss, dass eine Auslagerung der Finanz- und Lohnbuchhaltung die finanziellen und personellen Ressourcen verbessern würde. Parallel mit der in der Einleitung erwähnten Anpassung des Rechnungsjahres ans Kalenderjahr wurde dieser Vorschlag im Herbst 2007 umgesetzt.

Im Sommer des Berichtsjahres wurde der definitive Entscheid für die Zusammenlegung der verschiedenen Konferenzen in einem Haus der Kantone gefällt. Der Umzugstermin für die SODK ist für Anfang Juli 2008 festgelegt worden. Die Vorbereitungsarbeiten sind seither voll im Gange.

Das Generalsekretariat wirkte auch in verschiedenen fachübergreifenden Gremien aktiv mit, so zum Beispiel in der Konferenz der Konferenzsekretäre, aber auch im Technischen Leitorgan und der Betriebskommission für das Haus der Kantone.

7 Schlussbemerkungen

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die mich in meiner Arbeit unterstützt haben. Von grosser Bedeutung ist die aktive Präsenz an Vorstands- und Jahresversammlungen. Danke möchte ich aber auch allen für das Mitwirken in Gremien, Kommissionen, Arbeitsgruppen und an Verhandlungen. Mein Dank geht auch an unser Sekretariat für die grosse und wertvolle Arbeit.

Ich bitte die Jahresversammlung 2008, diesen Bericht zu genehmigen und danke für Ihr Vertrauen.

Die Präsidentin SODK

Kathrin Hilber
Regierungsrätin

Aarau, 6. Juni 2008

Antrag des Vorstandes an die Jahresversammlung zur Beschlussfassung:

Der Jahresbericht wird genehmigt.

III. Anhang

Mitglieder der SODK Organe

Plenarversammlung (Stand Juni 2008)

Aargau	Regierungsrat Ernst Hasler
Appenzell A.-Rh.	Regierungsrat Jürg Wernli
Appenzell I.-Rh.	Regierungsrat Werner Ebnetter
Basel-Land	Regierungsrat Adrian Ballmer
Basel-Stadt	Regierungsrat Ralph Lewin
Bern	Regierungsrat Philippe Perrenoud
Freiburg	Regierungsrätin Anne-Claude Demierre
Genf	Regierungsrat François Longchamp
Glarus	Regierungsrätin Marianne Dürst-Kundert
Graubünden	Regierungsrat Hansjörg Trachsel
Jura	Regierungsrat Philippe Receveur
Luzern	Regierungsrat Markus Dürri
Neuenburg	Regierungsrat Roland Debély
Nidwalden	Regierungsrat Leo Odermatt
Obwalden	Regierungsrätin Esther Gasser Pfulg
St. Gallen	Regierungsrätin Kathrin Hilber
Schaffhausen	Regierungsrätin Ursula Hafner-Wipf
Schwyz	Regierungsrat Armin Hüppin
Solothurn	Regierungsrat Peter Gomm
Thurgau	Regierungsrat Bernhard Koch
Tessin	Regierungsrätin Patrizia Pesenti
Uri	Regierungsrat Stefan Fryberg
Waadt	Regierungsrat Pierre-Yves Maillard
Wallis	Regierungsrat Thomas Burgener
Zug	Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard
Zürich	Regierungsrat Hans Hollenstein

Vorstand SODK (Stand 5. Juni 2008)

Stimmberechtigte Mitglieder des Vorstandes:

Kathrin Hilber, Regierungsrätin, SG, Präsidentin
Hans Hollenstein, Regierungsrat, ZH, Vizepräsident
Roland Debély, Conseiller d'Etat, NE, Vizepräsident
Stefan Fryberg, Regierungsrat, UR
Peter Gomm, Regierungsrat, SO
Anne-Claude Demierre, Conseillère d'Etat, FR
Pierre-Yves Maillard, Conseiller d'Etat, VD
Philippe Perrenoud, Regierungsrat, BE
Jürg Wernli, Regierungsrat, AR

Mitglieder des Vorstandes SODK mit beratender Stimme:

Andrea Ferroni, Präsident BeKo
Louis Gärtner, BSV
Maria-Luisa Zürcher, SGV
Ruedi Meier, Stadtrat Luzern, SSV
Walter Schmid, Präsident SKOS
Margrith Hanselmann, Generalsekretärin SODK
Remo Dörig, Generalsekretariat SODK

Beratende Kommission des Vorstandes SODK (BeKo) (Stand Juni 2008)

Stimmberechtigte Mitglieder der BeKo:

Andrea Ferroni, GR, Präsident
Simon Darioli, VS, Vizepräsident
Pascal Coullery, BE
Irmgard Dürmüller, LU
Ruedi Hofstetter, ZH
Christoph Roost, SH
Antonios Haniotis, BS
Peter Schmid, SZ
Philipp Müller, VD

Mitglieder der BeKo mit beratender Stimme :

Renata Gäumann, Vertreterin der Asylskoordinatoren, BS
Michael Hohn, SSV
Maria-Luisa Zürcher, SGV
Gérald Rohrbach, Vertreter der Asylskoordinatoren, VD
Ueli Tecklenburg, SKOS
Benno Schnyder, BSV
Margrith Hanselmann, Generalsekretärin SODK
Remo Dörig, Generalsekretariat SODK

Revisoren:

Werner Augstburger, Chef Finanzkontrolle, Finanzdepartement, AG
Bernhard Vogel, Contrôleur de gestion Département de la santé de l'action sociale, VD

Themen der Vorstandssitzungen SODK

Vorstandssitzung vom 23. Februar 2007

- Aufgabenüberprüfung/Aufgabenverzichtsplanning des Bundes
- NFA
- Migrationspolitik - Umsetzung der Integrationsbestimmungen Ausländer- und Asyl-Gesetz (Projekt KIF); Asylpolitik;
- Positionspapier SODK, EDK, VDK zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen
- Regionalisierung und Professionalisierung der Sozialhilfe
- Projekt Dach-OdA Lehrstellenförderung im Sozialbereich
- Forschungsprogramm IV des BSV: Auswirkungen der Reformen der Sozialversicherungen auf die Sozialhilfe
- Haus der Kantone
- Steuerbefreiung Existenzminimum: Stellungnahme z.Hd. FDK
- Familienergänzende Kinderbetreuung: Begleitung der Subkommission WBK NR

Vorstandssitzung vom 3. Mai 2007

- SKOS-Studie "Verfügbares Einkommen in der Schweiz"
- Kommunikationsstrategie Sozialhilfe
- Umsetzung Asyl- und Ausländergesetz: VA7+, Sozialhilfestopp, Stellungnahme zu den Verordnungen des Bundes
- Stellungnahme zum Expertenbericht für die Revision Arbeitslosenversicherung
- Anfrage CRASS betr. Vergütung von Krankheits- und Behinderungskosten
- Finanzperspektiven der SODK
- Haus der Kantone
- Pflegefinanzierung
- Stellungnahme zur Vernehmlassung über den Systementscheid Ehepaarbesteuerung des Bundes
- NFA
- Migrationspolitik
- Stellungnahme zur Revision Mehrwertsteuer
- Interkantonaler Fonds zur Finanzierung von gesamtschweizerischen Projekten und Organisationen
- Abstimmung 5. IV-Revision

Ausschuss des Vorstandes vom 15. Juni 2007

- Finanzperspektiven der SODK

Vorstandssitzung vom 6. Juli 2007

- Positionspapier SODK, EDK, VDK zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen
- Empfehlungen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel
- Stellungnahme zum Expertenbericht für die Revision Arbeitslosenversicherung
- Projekt KIF: Koordination der Integrationsförderung gemäss Asyl- und Ausländergesetz
- Umsetzung NFA
- Finanzperspektiven SODK
- Armutsstrategie des Bundes

Vorstandssitzung vom 13. September 2007

- Vorbereitung Jahreskonferenz: Statutarische Geschäfte

- Empfehlungen Menschenhandel (Stellungnahme der KKJPD)
- Koordination der Integrationsförderung der ausländischen Wohnbevölkerung (Projekt KIF)
- Familienergänzende Kinderbetreuung, Projekt EDK - SODK
- Grundsätze der Sozialhilfe mit Frau Stadträtin Monika Stocker, ZH

Vorstandssitzung vom 7. Dezember 2007

- Revision der Arbeitslosenversicherung (AVIG)
- Familienpolitik: Projekt EDK/SODK: Kinderbetreuung: Familienergänzende Tagesstrukturen; Gemeinsame Erklärung der EDK und der SODK
- Ombudsstelle Sozialhilfe Schweiz
- Sozialhilfe an vorübergehend in der CH weilende Auslandschweizer
- Migration: Informationen des BFM zur Umsetzung des neuen Ausländer- und Asylgesetzes
- SKOS-Empfehlungen zu den Vorläufig Aufgenommenen

Gremienliste

Art des Gremiums	b =befristet s =ständig	Protokoll	Vorsitz	Mitbeteiligte Bund, Kantone, Gemeinden	Präsenz SODK
Allgemeines und Koordination					
Vorstand SODK	s	R. Dörig	RR K. Hilber, Kt. SG	BSV, SGV, SSV, SKOS	Regierungsräte Hilber, Debély, Demierre, Fryberg, Gomm, Maillard, Perrenoud, Wernli, Hollenstein, MH, RD
BeKo des Vorstandes SODK	s	R. Dörig	A. Ferroni	Kantone	M. Hanselmann, R. Dörig
TAK Tripartite Agglomerationskonferenz	s	TAK	TAK	Bund, Kantone, Städte, Gem.	RR K. Hilber
TTA Ausländer- und Integrationspolitik	b	KdK	KdK	Bund, Kantone	M. Hanselmann
KdK-Kommission Städte	s	KdK	KdK	Kantone	RR K. Hilber, M. Hanselmann
KdK-TA Städte	s	KdK	Kanton	Kantone	M. Hanselmann
KdK-Präsidenten- und Direktorenkonferenzen	s	KdK	KdK	Direktorenkonferenzen	RR K. Hilber, M. Hanselmann
Koseko Konferenzsekretäre	s	KdK		Direktorenkonferenzen, Büro Ständerat	M. Hanselmann
Koseko Fachkoordination	s	KdK	KdK	Konferenzsekretäre	M. Hanselmann
Koseko Weiterbildung	s	KdK	KdK	Konferenzsekretariate	R. Dörig
Regionalkonferenz Westschweiz (Class)	s	RK WS	RK WS	CE des cantons romands	membres du comité
GRAS (BeKo Romandie)	s	GRAS	F. Mollard, FR	Cantons latins	M. Hanselmann
Regionalkonferenz Zentralschweiz	s	RK ZS	RK ZS	RR der ZS	Vorstandsmitglieder; M. Hanselmann
Regionalkonferenz Ostschweiz	s	RK OS	RK OS	RR der O-CH	Vorstandsmitglieder
HdK Politischer Steuerungsausschuss	b	KdK	KdK	Präsident/Innen, SODK	RR K. Hilber
HdK AG Technisches Leitorgan	b	KdK	KdK	Konferenzsekretäre	M. Hanselmann; R. Dörig
HdK Betriebskommission	b	KdK	KdK	Sekretariate der Konferenzen	R. Dörig
Aufgabenportfolio	b	EFD	EFD	Bund, Kantone	M. Hanselmann
Bilaterale: AG Soziale Sicherheit	s	KdK	RR E. Hasler, AG	GDK, Diverse	RR E. Hasler, M. Hanselmann
Expertengruppe EuGH	s	SODK	M. Hanselmann	BSV, KdK, SpezialistInnen	M. Hanselmann
Expertengruppe "Sozialstatistik"		BFS	BFS	BFS, BSV, seco, Kantone	R. Dörig
Begleitgruppe "Sozialhilfestatistik"		BFS	BFS	Kantone, BSV	R. Dörig

Jahresbericht SODK 2007

Existenzsicherung					
Komm. Richtlinien SKOS (RIP)		SKOS	M. Hohn, Kt. BE	Diverse	M. Hanselmann a.i.
Komm. Bildung SKOS		SKOS	SKOS	Diverse	M. Hanselmann a.i.
AG ZUG	b	SODK	P. Coullary	Bund, Kantone, Gemeinden	M. Hanselmann
SKOS-Geschäftsleitung	s	SKOS	SKOS	Kantone, Gemeinden, Städte	M. Hanselmann
SKOS-Vorstand	s	SKOS	SKOS	Kantone, Gemeinden, Städte	M. Hanselmann

Familie und Gesellschaft					
Dach Oda Soziales	s	Dach-Oda'S	Ulla Grob, Präs.	Oda im sozialen Bereich	V. Neruda
Komm. Bildung & Forschung SKOS (BiFo)	s	SKOS	D. Hösli	SKOS, OdA	V. Neruda
Fachkommission Ausbildung Betagtenbetreuung	b	SFAB	V. Moser	Diverse	V. Neruda
SVK-OHG	s	SODK	SODK	Bund, Kantone	V. Neruda
Strategiegremium Infodrog	s	Infodrog		BAG, GREAT, KKBS, GDK	M. Hanselmann; V. Neruda
Eidg. Kommission für Alkoholfragen	s	Kommission	a. NR R. Zapfl	Diverse	Franziska Eckmann (Infodrog), G. Dubois, VS

NFA und Behindertenpolitik					
Vereinbarungskonferenz (VK) IVSE	s	SODK	K. Hilber, Präs.	IVSE-Kantone	Präsidentin SODK, M. Hanselmann
Vorstand VK IVSE	s	SODK	K. Hilber, Präs.	IVSE-Kantone, die im Vorstand SODK sind	Präsidentin SODK, M. Hanselmann
SKV IVSE		SODK	R. Broder	Regionalkonferenzen	M. Hanselmann

Jahresbericht SODK 2007

Migration					
Monitoring II	s	BFM	BFM, M. Gattiker	KKJPD, SODK, VKM	M. Hanselmann G. Rohrbach (VD) F. Düblin (BE)
Tripartites Kontaktgremium Asyl	s	EJPD	BR Ch. Blocher	Bund, KKJPD, SODK	RR K. Hilber, RR H. Hollenstein M. Hanselmann
KASY	s	SODK	M. Hanselmann	Alle Regionen	M. Hanselmann, V. Neruda
Besondere Lagen					
- Steuergruppe	b	BFM	BFM	KKJPD, SODK	M. Hanselmann
- TP1	b	BFM	BFM	KKJPD, SODK	M. Eugster, AR
- TP2	b	BFM	BFM	KKJPD, SODK	R. Dallago, NW
- TP3	b	BFM	BFM	KKJPD, SODK	F. Charmillot, JU
Resonanzgruppe Programme und Reporting	b	BFM	BFM	SODK	R. Gäumann, BS M. Guisolan, FR
Sozialversicherungen					
FoP IV Steuergruppe	b	BSV	BSV	Bund, Kantone, Gemeinden	M. Hanselmann
FoP IV Begleitgruppe	b	BSV	BSV	Bund, Kantone, Gemeinden	M. Hanselmann a.i.